



Ergebnisprotokoll
der 11. Sitzung der Kinder- und Jugendkommission
in der 18. Legislaturperiode

- Öffentliche Sitzung -

Datum: 16. Juni 2021

Beginn: 13:30 Uhr

Ende: 16:30Uhr

Sitzungsort: Video- /Telefonkonferenz über das Tool Zoom

Teilnehmer/-innen: Herr Alt, Herr Bajus, Herr Berenz, Frau Brauer, Herr Hagen,
Frau Jahnke, Frau Laging-Yilmaz, Frau Rump, Frau Seeck,
Herr Schmidt, Frau Schütze, Frau Voigts, Herr Weritz.
Nicht stimmberechtigt: Frau Bludau, Herr Jachting, Herr
Jähnke, Herr Meisborn, und Herr Rosenkötter

Sitzungsleitung: Johannes Schmidt

technische Moderation: Vera Seeck.

Geschäftsführung: Heike Bludau

Anlagen zum Protokoll:

- Anwesenheitsliste
- Beschlussvorlage 12/18 Konzept Aufbau von Ombudsstrukturen für Kinder- und Jugendliche in Niedersachsen im Rahmen der SGB VIII –Reform
- Anlage 1: Rahmenkonzept „Leuchtturm“ - Konzept für den Aufbau einer ombudsschaftlichen Infrastruktur in Niedersachsen
- Anlage 2: Projekt: Leuchtturm – Ombudsschaftliche Infrastrukturen in Niedersachsen
Thema: Erarbeitung der Schnittstellen zwischen der zentralen Anlaufstruktur und den regionalen niedrigschwelligen Erreichbarkeiten.
- Beschlussvorlage 13/18 „Junge Menschen in Corona-Zeiten“
- Stellungnahme der Kinder- und Jugendkommission zur Lage von jungen Menschen in Corona-Zeiten
- Präsentation Ombudsstellen, TOP 5 – nicht auf der Homepage einsehbar



**Tagesordnung für die Sitzung 18/11 der Kinder- und Jugendkommission
am 16. Juni 2021**

Öffentliche Sitzung

TOP	Inhalt	Beginn	Vortrag durch
1	Begrüßung durch den Vorsitzenden	13:30	Herr Schmidt (Vorsitzender)
2	Feststellung der Beschlussfähigkeit	13:33	
3	Genehmigung der Tagesordnung	13:35	Herr Schmidt
4	Genehmigung des Protokolls von der Sitzung vom 03.März 2021	13:38	Herr Schmidt
5	Vorstellung: Rahmenkonzept „Leuchtturm“ - Konzept für den Aufbau einer ombudsschaftlichen Infrastruktur in Niedersachsen“ im Rahmen der SGB VIII Reform – BvL 12/18	13:40	Herr Hagen
6	„Junge Menschen in Corona-Zeiten“ BvL 13/18	14:40	Frau Seeck, Frau Laging-Yilmaz
7	Überprüfung der Strukturen der KiJuKo	15:30	Frau Schütze
8	Tag der Niedersachsen 08. – 10. Oktober 2021	16:00	Frau Seeck
9	Information Geschäftsführung	16:20	Frau Bludau
10	Verschiedenes:	16:25	Herr Schmidt
	Sitzungsende	16:30	



TOP 1 – Begrüßung durch den Vorsitzenden

Die Begrüßung der online stattfindenden Sitzung erfolgt durch den Vorsitzenden Herrn Schmidt.

Frau Jahnke, Frau Laging-Yilmaz und Frau Rump vertreten stimmberechtigt die entschuldigten Mitglieder in dieser Sitzung.

Als Gäste wurden Herr Meisborn, Herr Jähnike und Herr Rosenkötter begrüßt, so wie Herr Jachting, der im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes zur digitalen Öffentlichkeitsarbeit die Sitzung begleitet.

Herr Schmidt bedankt sich bei Frau Seeck und Frau Laging-Yilmaz für die Erarbeitung der umfangreichen Stellungnahme zum Thema „Junge Menschen in Corona Zeiten“ und weist daraufhin, dass diese Stellungnahme und die Beschlussvorlage aufgrund der ehrenamtlichen Tätigkeiten der Kommissionsmitglieder nicht fristgerecht gemäß Geschäftsordnung der KiJuKo §2 Abs.2 eine Woche vor Beginn der Sitzung versendet worden ist. Aus diesem Grund wird die Beschlussvorlage des TOP 6 im Nachgang an die Sitzung im Umlaufverfahren beschlossen.

TOP 2 – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Folgende Personen waren entschuldigt: Frau Witte, Herr Walzel.

Herr Novakovic steht der Kommission als Mitglied nicht mehr zur Verfügung und muss deshalb ebenfalls vertreten werden.

Herr Schmidt stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 – Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig verabschiedet. Der Tagesordnungspunkt 6 wird vorgezogen, derweilen Herr Hagen etwas später der Sitzung beitrifft.

TOP 4 – Genehmigung des Protokolls der Videositzungen vom 03.03.2021.

Frau Laging-Yilmaz bittet unter dem TOP 7 „Junge Menschen in Corona-Zeiten“ den letzten Satz: „Die Arbeitsgruppe wird eine erste Gliederung erarbeiten und in Umlauf geben“ zu streichen. Das Protokoll der Sitzung vom 03.03.2021 ist mit der Änderung einstimmig beschlossen worden.



TOP 5 – Vorstellung: Rahmenkonzept „Leuchtturm“ - Konzept für den Aufbau einer ombudsschaftlichen Infrastruktur in Niedersachsen“ im Rahmen der SGB VIII Reform – BvL 12/18

I. Herr Hagen stellte das **Rahmenkonzept „Leuchtturm“ - Konzept für den Aufbau einer ombudsschaftlichen Infrastruktur in Niedersachsen“ im Rahmen der SGB VIII Reform** und das darauf aufbauende einjährige Projekt den Kommissionsmitgliedern anhand einer anhängenden Präsentation vor.

Herr Hagen merkte einleitend an, dass er sich vor der Konzepterstellung eingehend dem Thema beschäftigt hatte und einer genauen Recherche, über die Ansiedlung von ombudsschaftlichen Strukturen es in den einzelnen Bundesländern und vor allem in Niedersachsen auseinandergesetzt hat.

Her Hagen zitierte einen Satz von Jugendlichen zum Thema Omdudsstelle:

»Es ist gar nicht viel. Einfach nur gehört werden.« nach diesem Zitat hat er, auch gut zu Niedersachsen passend, das Konzept als Leuchtturmkonzept benannt. Wie ein Leuchtturm soll die Ombudsarbeit zur Verwirklichung von Kinderrechten beitragen.

In der Präsentation verwies er auf die veränderten verbindlich festgesetzten eingeführten gesetzlichen Strukturen durch die Reformierung der SGB XIII Reform. Das sind insbesondere folgende gesetzliche Grundlagen:

§ 9a Ombudsstellen

In den Ländern wird sichergestellt, dass sich junge Menschen und ihre Familien zur Beratung in sowie Vermittlung und Klärung von Konflikten im Zusammenhang mit Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach § 2 und deren Wahrnehmung durch die öffentliche und freie Jugendhilfe an eine Ombudsstelle wenden können. Die hierzu den Bedarf von jungen Menschen und ihren Familien entsprechend errichteten Ombudsstellen arbeiten unabhängig und sind fachlich nicht weisungsgebunden. § 17 Abs. 1 bis 2a des ersten Buches gilt für die Beratung sowie die Vermittlung und Klärung von Konflikten durch die Ombudsstellen entsprechend. Das Nähere regelt das Landesrecht. Sowie § 2 Aufgaben der Jugendhilfe, das SGB I – allgemeiner Teil- § 17 die Ausführung der Sozialleistungen“ (s. anhängende Präsentation zum Konzept).

In einer anschließenden Diskussion wurde von Herr Bajus, Frau Laging-Yilmaz, Frau Jahnke und Frau Voigts auf die Übereinstimmungsmerkmale mit der Expertise des NLJHA hingewiesen. Es sollen auf gar keinen Fall Doppelstrukturen aufgebaut oder Gegenpositionen zum NLJHA eingenommen werden. Hierzu versicherte Herr Hagen, dass er sich im Vorfeld informiert habe und dieses Konzept aufbauend auf dem des NLJHA sei. Frau Jahnke fragte nach, ob es zusätzlich zu einer zentralen Landesstelle auch Ombudsstellen vor Ort gibt.



Hierzu stellte Herr Hagen die Wichtigkeit von zentralen Ombudsstellen vor Ort da, sowie die bereits vorhandenen Ressourcen wie der Strukturen z.B. der Kontaktpersonen in Einrichtungen. Das Konzept sieht unbedingt vor, vorhandene Strukturen vor Ort zu unterstützen und darauf aufzubauen und die Lebenswelten der Kinder mit einzubeziehen. Ebenso müssen in der Vergabe die Betriebserlaubnisse sowie bei Schutzkonzepten und für Pflegekinder solche Ombudsstrukturen mitgedacht werden.

Zusammenfassend ist angedacht:

- **Unabhängige inklusive Infrastruktur für junge Menschen,**
- **Landesweites Koordinations- und Transferbüro Ombudsschaft,**
- **Dezentrale Infrastruktur von Ombudsstellen im Lebensumfeld junger Menschen sollen aufgebaut werden.**
- **Die Zielgruppe sind junge Menschen bis 27 Jahren und ihre persönlichen Ansprechpersonen.**
- **Die Aufgaben umfassen: Beratung, Vermittlung und Klärung von Konflikten im Kontext § 2 SGB VIII.**

II. Herr Hagen stellt im zweiten Teil der Präsentation **die Schnittstellen durch ein einjähriges Projekt** mit den Aufgaben:

Der **Empirische Bestandsaufnahme von regionalen Strukturen und vergleichbaren Ombudsstellen.**

- **Dem Aufbau einer Beteiligungswerkstatt mit regionalen Akteuren.**
- **Die Erarbeitung der Schnittstellen in zentralen und dezentralen Strukturen mit Anforderungsprofil.**
- **Abschließend ist eine mögliche Evaluation angedacht.**

In der nachfolgenden Diskussion gab es Verständnisfragen zur Andockung des Projektes an die KiJuKo.

Frau Voigts spricht sich gegen eine Andockung an die KiJuKo aus und weist darauf hin, dass das Sozialministerium (= MS) in der Verpflichtung ist die Reform des SGB VIII umzusetzen. Sie empfiehlt, dass die Ausschreibung des Projektes durch das MS erfolgt und nicht durch die KiJuKo. Frau Schütze bittet diesbezüglich um Klärung der Trägerschaft des Projektes. Es entfacht eine Grundsatzdiskussion in wieweit die KiJuKo mit einer ehrenamtlichen Besetzung der Expert*innen mit nur einer hauptamtlichen Geschäftsführerin durchführbar ist. Einige kritische Fragen lassen sich bei genauer Betrachtung des Beschlusses klären. Herr Hagen stellt noch einmal fest, dass es sein Anliegen ist; das Konzept sowie das Projekt durch eine Ausschreibung von der KiJuKo auf den Weg zu bringen und nach dem Auswahlverfahren ein wissenschaftliches Institut mit dem Projekt zu betrauen.



Frau Voigts macht einen Verfahrensvorschlag:

1. Eine Klärung über die Trägerschaft des vorgestellten Projektes zu erwirken.
2. Diese beiden Beschlüsse ggf. in Form eines Umlaufverfahrens abzuschließen.
3. Eine Änderung der Schirmherrschaft des Projektes vorzunehmen.

Daraufhin schlägt Herr Schmidt zum weiteren Verfahren für diesen Tagesordnungspunkt vor, die Beschlüsse einzeln zu betrachten und zu beschließen. Frau Laging-Yilmaz bekräftigt den Vorschlag von Herrn Schmidt und sieht Änderungsbedarf im zweiten Beschluss, in der Ausführung des Projektes. Sie bittet um redaktionelle Überarbeitung des bestehenden Textes, Herr Hagen stimmt zu und wird sich dessen annehmen.

Die Kommission ging dem Verfahrensvorschlag von Herrn Schmidt nach. Es folgte die Verabschiedung des Gesamtbeschlusses:

Beschluss I. zum Rahmenkonzept für den Aufbau einer ombudsschaftlichen Infrastruktur in Niedersachsen“ im Rahmen der SGB VIII Reform:

Enthaltungen: 4

Zustimmung: 4

Gegenstimmen:2

Beschluss II: Ausschreibung einer 1- jährigen Projektes zur Erarbeitung der Schnittstellen in zentralen und dezentralen Strukturen:

beschlossen mit den redaktionellen Änderungen die durch Herrn Hagen vorzunehmen ist:

Enthaltungen: 4

Zustimmung: 4

Gegenstimmen:2

TOP 6 „Junge Menschen in Corona-Zeiten“ BvL 13/18

Frau Seeck und Frau Laging-Yilmaz erklären noch einmal die Verspätung der Versendung der Unterlagen. Anschließend wird die umfangreiche Stellungnahme vorgestellt (s. Anhang). Insbesondere weisen die beiden daraufhin, dass Kindheit und Jugend nicht nachholbar sind und dass es Ihnen ein Anliegen ist, Problemstellungen für die unterschiedlichen Zielgruppen konkreter zu beleuchten.

Herr Schmidt fasst anschließend zusammen, dass die Auswirkungen der Corona Pandemie für Kinder und Jugendliche jetzt stärker in den Blick genommen und neue Perspektiven aus der Krise gewonnen werden müssen. Das Management in Krisensituationen zum Schutz von



Kindern und Jugendlichen verstärkt in den Blick genommen werden muss und die in der Stellungnahme aufgezeigten Parameter dazu beitragen könnten.

In einer an anschließenden Diskussion befürwortete Frau Jahnke diese Worte von Herrn Schmidt und ergänzte, dass der Infektionsschutz nicht über die Freiheitsreglung gestellt werden dürfe. Es müssten strukturelle Änderungen erarbeitet werden, wie dieses in Krisensituationen für Kinder und Jugendlichen umgesetzt werden kann.

Bei den Kommissionsmitgliedern bestand Einigkeit, dass es verbindliche Strukturen für Kinder und Jugendlichen geben muss.

Frau Schütze bedanke sich für die Arbeit der Arbeitsgruppe stellte fest, dass diese Stellungnahme eine gute Ergänzung zum Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der Fraktionen der CDU zum Thema „Einbahnstraße Corona? - Interesse von Kindern und Jugendlichen in und nach der Pandemie stärker berücksichtigen“ und die Stellungnahme einen guten Einblick in die Lebenswelten der Kinder bietet, welcher bei der Konkreten Umsetzung des Entschließungsantrages bedacht werden sollte. Mit Blick auf die Perspektiven für angekündigte Nachhol- und Aufholpakete kann die Stellungnahme helfen allgemeine Perspektive von Kindern und Jugendliche bei den Verteilungen der Mittel besser in den Blick zu nehmen und sich nicht nur auf das System Schule zu fokussieren.

Herr Bajus schließt sich dem an und ergänzt, dass in der Pandemie die Lobby für Kleinkinder gefehlt hat.

Herr Weritz bitte um Ergänzung der Stellungnahme zum Thema der Jugendarbeit vor Ort. Es sollte eine enge Verzahnung der Jugendarbeit sowie der Austausch der Akteure stattfinden. Des Weiteren bitte Herr Weritz um eine angemessene Formulierung dieser Stellungnahme bzw. Handlungsempfehlung an die Landesregierung. Formulierungen wie „muss“ bittet er zu in „soll“ umzuformulieren.

Die Kommission einigt sich auf folgendes weiteres Verfahren:

- **Die Mitglieder sind aufgefordert Ergänzungen zur Stellungnahme zu geben.**
- **Die Arbeitsgruppe arbeitet diese gemeinsam mit der Geschäftsstelle ein.**
- **Im Anschluss erfolgt ein Umlaufverfahren von der Beschlussvorlage 13/18 „Junge Menschen in Corona-Zeiten“**

Herr Schmidt wies in diesem Zusammenhang auf die im Vorfeld versendete Broschüre: Standpunkt: Sozial HAW Hamburg mit dem Titel: „Junge Menschen in Corona Zeiten“: Zur Situation von jungen Menschen und der Kinder- und Jugendhilfe in der Pandemie hin.



TOP 7 Überprüfung der Strukturen der KiJuKo

Herr Schmidt bedankte sich bei Frau Schütze für die Übernahme dieses Tagesordnungspunktes.

Frau Schütze stellte fest, dass die KiJuKo gemäß Koalitionsvertrag 2017 formal Mitte der Legislaturperiode einen Bericht hätte vornehmen müssen. Da jedoch keine Angaben über die Ausführung des Berichtes, den Umfang und den Adressaten zu finden sei, ist es der Kommission derzeit überlassen, wie diese damit umgeht. Frau Schütze schließt mit ihrer Einschätzung, dass ein Strukturbericht als gewinnbringende Chance gesehen werden kann. Die Kommission bittet die Politik diesen Sachverhalt weiterhin zu klären, um klare Ergebnisse herbeizuführen, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der SGB VIII Reform.

In der nachfolgenden Diskussion wurde von allen festgestellt, dass die Ansiedlung der KiJuKo im Landesjugendamt nicht wirkungsvoll in der Umsetzung der gesetzlichen Aufgaben ist. Der Aufgabenzuschnitt eher im MS zu sehen ist, als die Nähe zum NLJHA.

Herr Bajus wies in diesem Zusammenhang auf die gesetzliche Möglichkeit hin, dass die KiJuKo sich selbst zu Themen in den Landtag einladen kann um ihre Empfehlungen zu Fachthemen darzustellen.

Frau Voigts wies daraufhin, dass eine Strukturstärkung der KiJuKo zu nachhaltigen Arbeitsweisen durch Aufstockung der Geschäftsstelle durch eine wissenschaftliche Referentin notwendig ist, da die Kommissionsmitglieder aus Ehrenamtlichen bestehen. Dem stimmten Herr Bajus und Frau Schütze zu und ergänzen, dass nur dadurch eine Wirkung der Arbeit der KiJuKo langfristig gesichert werden kann.

Frau Seeck sieht den Bericht über die Änderungen der Strukturen als Chance Veränderungen im Ausführungsgesetz anzupassen und möchte jedem Mitglied die Möglichkeit einräumen, ihre Änderungen aufzuzeigen. **Hierzu ist angedacht, Strukturvorschläge der Mitglieder zu sammeln und diese gebündelt zur kommenden Sitzung im November auf einem gesonderten Tagesordnungspunkt zu diskutieren und abzustimmen.**

TOP 8 Tag der Niedersachsen 08. – 10. Oktober 2021

Frau Seeck gibt folgendes als Information der Kommission zum Tag der Niedersachsen am 08. Bis 10. Oktober 2021:

- Der Tag der Niedersachsen findet in diesem Jahr im Rahmen der 75- Jahr Niedersachsen Feier statt.
- Die KiJuKo ist angemeldet.



- Ob es stattfindet wird nach Corona Lage entschieden.
- Herr Schmidt, Frau Seeck und Frau Bludau nehmen an der gesamten Veranstaltung teil. Eine personelle Unterstützung zum Auf- u. Abbau von ca.3 Personen aus dem LS/ Herr Jachting ist geplant.
- Die Ausstattung u. die Werbemittel sind vorhanden. Der Einsatz des vorhandenen Erklärfilms der KiJuKo wird zum späteren Zeitpunkt geklärt, ebenso der Einsatz von möglichen Aktionsideen für Kinder und Jugendlichen.
- **TOP 9 – Information des Vorsitzenden und der Stellvertreterin und der Geschäftsführerin:**
- Frau Bludau informierte über Teilnahme von Herrn Schmidt an der Landtagsanhörung zum Entschließungsantrag zum Thema Beteiligung auf Grundlage unserer Handlungsempfehlung an die Fraktionen und der Sozialministerin der Fraktion der Grünen.
- Das LS und MS sind in Vorbereitung auf das Ausführungsgesetz zum SGB VIII und der Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus der Lügde - Kommission.
- Eine empfehlenswerte Broschüre: „Vertrauensschutz im Kinderschutz Niedersachsen.“ Ein Leitfaden für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe zur Beantwortung datenschutzrechtlicher Fragen bei (Verdacht auf) Kindeswohlgefährdung wird Frau Bludau an die Kommissionsmitglieder versenden.
- Frau Bludau informiert, dass die angedachte Maßnahme eines Kinderkommissionsgipfels mit allen Kinderkommissionen in der Bundesrepublik durch die Pandemie auf das Jahr 2022 vertagt worden ist. Die Kommissionsmitglieder befürworteten dieses Vorhaben.
- Frau Bludau nimmt Anregungen, Ergänzungen zur Homepage von den Kommissionsmitgliedern gern an und weist in diesem Zusammenhang auf die Rubrik Öffentlichkeitsarbeit, auf der z.B.: auf das neue kostenlose PIXI-Buch zum Kinderrecht „Wir wollen es wissen!“ vom Deutschen Kinderhilfswerk zur Information hin. Frau Bludau bietet allen Mitgliedern an, jeden individuell zur gewünschten Seite zu navigieren.
- Frau Seeck berichtet über die Anfrage zur Ausbildung von Moderatoren für Kinder- und Jugendbeteiligung in Niedersachsen, dieses wird von Frau Bludau bearbeitet und der Kommission in der nächsten Sitzung vorgestellt.



TOP 10 – Verschiedenes:

Keine Themen

Ende: 16:15 Uhr

gez. Schmidt
Vorsitzender
Nds. Kinder- und Jugendkommission

gez. Bludau
Geschäftsführerin
Nds. Kinder- und Jugendkommission